

 **Bundesministerium**  
Finanzen

[bmf.gv.at](https://bmf.gv.at)

**Dr. Magnus Brunner, LL.M.**  
Bundesminister für Finanzen

Johannesgasse 5, 1010 Wien

Herrn Präsidenten  
des Nationalrates  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.312.006

Wien, 27. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10827/J vom 27. April 2022 der Abgeordneten Petra Steger, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Beim genannten Papier handelt es sich um ein gemeinsames Positionspapier Spaniens und der Niederlande zu den Themen Stabilitäts- und Wachstumspakt, Banken- und Kapitalmarktunion. Das Papier wurde dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) vor dem Eurogruppentreffen am 4. April 2022 zur Kenntnis gebracht. Das gegenständliche Papier findet sich im Anhang zur Information.

In diesem Papier wird eine effiziente und effektive Stärkung der fiskalischen Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung erheblicher Investitionsanstrengungen und von Reformverpflichtungen betont. Dazu müssten die EU-Fiskalregeln verständlicher, leichter durchsetzbar und antizyklischer gemacht werden. Diese beiden Länder sprechen sich auch

für eine rasche Vollendung der Bankenunion zusammen mit einer Stärkung der Kapitalmarktunion aus.

Zu 2.:

Wir unterstützen eine auf EU-Ebene koordinierte und abgestimmte Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Im Zentrum muss dabei die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen stehen, die in allen EU-Mitgliedstaaten gewährleistet sein muss, unter Berücksichtigung wichtiger Investitions- und Reformschritte zur Überwindung aktueller und künftiger Herausforderungen.

Zu 3.:

Die österreichische Bundesregierung hat sich zur Einhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichtet. Gemäß Regierungsprogramm bekennt sich die Bundesregierung zu dem wirtschaftspolitischen Ziel, die Schuldenquote der Republik weiter in Richtung Maastricht-Ziel von 60 % zu senken. Unabhängig davon werden die notwendigen Klima- und Zukunftsinvestitionen sichergestellt.

Wir setzen uns auf EU-Ebene für eine transparente und konsequente Durchsetzung der jeweils gültigen Fiskalregeln zur Wahrung der fiskalischen Nachhaltigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten und damit zur Ermöglichung von fiskalischen Spielräumen zur Überwindung diverser gegenwärtiger und künftiger Herausforderungen ein. Bei einer Diskussion zur Verbesserung des EU-Fiskalrahmenwerkes wirken wir in allen Gremien und Ebenen in diesem Sinne konstruktiv mit.

Zu 4.:

Es wurden von unterschiedlichen Stakeholdern bereits viele verschiedene Vorschläge für eine Verbesserung des europäischen Fiskalregelwerks vorgelegt. Am 28. März 2022 hat die Europäische Kommission einen Bericht über konsolidierte Ergebnisse eines öffentlichen Konsultationsprozesses zur Überprüfung des EU-Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung veröffentlicht. Insgesamt wurden 225 valide Beiträge erfasst. Als nächsten Schritt hat die Europäische Kommission angekündigt „rechtzeitig vor 2023“ eine konkrete Orientierung im Hinblick auf mögliche Änderungen in der wirtschaftspolitischen Steuerung vorzulegen. Sobald dieser konkrete Vorschlag präsentiert wird, werden wir uns damit im Detail auseinandersetzen.

Zu 5. und 6.:

Wie in Frage 4. bereits beantwortet, sehen wir uns einen konkret vorliegenden Vorschlag für eine Anpassung der EU-Fiskalregeln an, sobald einer vorliegen wird.

Es wurden vom BMF keine bezahlten Gutachten in Bezug auf allfällige Änderungen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes in Auftrag gegeben.

Die Strategie, die wir zu diesem Thema in allen relevanten EU-Gremien auf allen Ebenen verfolgen, orientiert sich am Regierungsprogramm, in dem sich die Bundesregierung zu einer Reduktion der Schuldenquote der Republik weiter in Richtung Maastricht-Ziel von 60 % bekennt. Unabhängig davon sollen die notwendigen Klima- und Zukunftsinvestitionen sichergestellt werden. Darüber hinaus bekennt sich die Bundesregierung zur Einhaltung des innerösterreichischen Stabilitätspaktes und damit auch des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Zu 7.:

Das betreffende spanisch-niederländische Papier wurde im Zuge der Eurogruppensitzung am 4. April 2022 präsentiert, aber nicht im Detail diskutiert. Es gibt in relevanten EU-Gremien und Arbeitsausschüssen schon länger laufende thematische Diskussionen zu Verbesserungspotenzialen des EU-Fiskalrahmens. Ein konkreter Verbesserungs- oder Reformvorschlag des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde noch nicht diskutiert, weil noch kein solcher Vorschlag der Europäischen Kommission vorliegt.

Der Bundesminister:  
Dr. Magnus Brunner, LL.M.

Elektronisch gefertigt

**Beilage**



